

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

64. Jahrgang | 66

Berlin, 23. August 2010

USA | Konjunktur

Flaute jenseits des Atlantiks

Der US-Wirtschaft geht die Puste früher aus als selbst viele Pessimisten glauben. Genau gesagt: Ihr ist schon die Puste ausgegangen. Bislang gehen viele noch von einem Wirtschaftswachstum von 2,4% im zweiten Quartal aus. So lautet etwa die Prognose des US-Handelsministeriums vom 30. Juli. Doch viele Größen wie die Lagerhaltung der Unternehmen waren zu dem Zeitpunkt nur geschätzt. Am 27. August wird eine revidierte und genauere Zahl bekannt gegeben. Wie wir von JP Morgan erfahren, könnte die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts mit 1,3% äußerst schwach ausfallen.

Selbst wenn es ein wenig mehr wird: Es ist eine Enttäuschung. Dabei zeigten die USA nach der Finanzkrise gute Ansätze, wieder in die alte Form zu kommen. Noch im ersten Quartal legte die Wirtschaft um 3,7% zu. Doch das Wachstum hatte vor allem das 800 Mrd. \$ teure Konjunkturprogramm getrieben.

Mit dem Auslaufen der Staatshilfen kehrt der triste Alltag ein. Hohe Arbeitslosigkeit und Konsumverzicht der überschuldeten Amerikaner bremsen die größte Volkswirtschaft der Welt. So stieg die Sparquote der Amerikaner gemessen am Nachsteuereinkommen von weniger als 1% im Jahr 2007 auf derzeit 6,4%. Die Schulden der Verbraucher fielen um 4,5% im Mai – zum 20. Mal in Folge sank die monatliche Kennzahl. Das alles drückt auf das Wirtschaftswachstum, an dem der Konsum einen Anteil von 70% hat.

Die amerikanische Wachstumsschwäche wird sich auf lange Sicht nicht ändern. Ende 2011 rechnet Goldman Sachs mit einer Arbeitslosenrate von 10%, derzeit sind es 9,6%. Das Wachstum schleppt sich nach Ansicht des deutschen Goldman-Chefökonom *Jan Hatzius*, einer der besten Volkswirte an der Wall Street, mit 1,5% bis März 2011 dahin.

Das sind schlechte Nachrichten für deutsche Exporteure. Mit den Niederlanden stehen die USA gemeinsam auf Platz Zwei der Export-Rangliste. 2009 lieferten deutsche Firmen Waren im Wert von 54 Mrd. € über den Atlantik. Vor allem Konsumgüter wie Autos sind betroffen. Mit den Verkaufsrekorden von Audi oder den guten Zahlen von Daimler in den USA dürfte es vorbei sein.

Das schwache Wachstum könnte zudem weiter auf den Dollarkurs drücken und Euro-Exporte verteuern.

Der Rückenwind für deutsche Exporteure wird auch durch den China-Effekt geringer. Die deutschen Exporte ins Reich der Mitte machten 2009 zwar nur 36 Mrd. \$ aus. Sie wuchsen aber vor allem in den vergangenen Monaten rapide und sorgten für das stärkste Wirtschaftswachstum Deutschlands seit 25 Jahren. Doch Chinas Volkswirtschaft ist stark auf US-Importe angewiesen. Wegen der amerikanischen Konsumflaute hat das chinesische Wachstum sich bereits von 11,9% im ersten Quartal auf 10,3% im zweiten Quartal abgeschwächt. Einige Experten schließen nicht aus, dass es in der zweiten Jahreshälfte bis auf 8,0% sinkt.

► **Fazit:** Noch herrscht gute Laune bei deutschen Exporteuren. Aber so gut wird es angesichts der US-Schwäche kaum weitergehen. Denn auch China zeigt Anzeichen von Abkühlung.

Hauptstadt-Notizen

LONDON: FISKUS ZIEHT SAMTHANDSCHUHE AN

Dave Hartnett, Staatssekretär im britischen Finanzministerium, hat einen Wandel im Umgang der Steuerbehörden mit Unternehmen angekündigt. Der Fiskus solle künftig deutlich „sanfter“ mit den Firmen auf der Insel umgehen und es nicht so häufig auf Prozesse ankommen lassen. In der Vergangenheit hätten, so Hartnett, manche Finanzamtsmitarbeiter wohl die Anweisungen des Ministeriums missverstanden. Das scharfe Vorgehen in umstrittenen Steuerfragen habe „zu viel zu vielen Gerichtsverfahren“ in Großbritannien geführt.

RIGA: BEITRITT ZUR WÄHRUNGSUNION 2012

Obwohl die Finanzkrise Lettland am stärksten getroffen hat, hält die Regierung in Riga an ihrem Plan fest, 2012 dem Euroraum beizutreten. Vorbild der Letten ist ihr baltischer Nachbar Estland, der schon zum 1. Januar 2011 den Euro einführen darf. Doch während Estland

Inhalt

- ◆ Klimaschutz: Geschönte Kostenrechnung 2
- ◆ Unternehmen: Geschäftschancen im Museum 3
- ◆ Hintergrund Europa: Hegemon wider Willen 4
- ◆ Selbstanzeige: Ganz oder gar nicht 5

die Wirtschaftskrise glimpflich überstanden hat, brach die Wirtschaftsleistung Lettlands 2009 um 18% ein. Nur die 7,5-Mrd.-€-Hilfe von internationalen Finanzinstituten verhinderte einen Staatsbankrott. 3,1 Mrd. € kamen von der EU. Auch 2010 hat das Land noch nicht auf den Wachstumskurs zurückgefunden. Währungsexperten warnen vor einem zu frühen Euro-Beitritt. Ohne die Möglichkeit, seine Währung abzuwerten, könne das Land seine Wettbewerbsfähigkeit nicht wiederherstellen.

WIEN: DAS LETZTE AUFGEBOT

Verteidigungsminister *Karl-Theodor zu Guttenberg* (CSU) erhält im Streit um die Wehrpflicht Schützenhilfe von den Nachbarländern. Am 1. Juli hat Schweden den obligatorischen Dienst an der Waffe abgeschafft. Damit gibt es in der EU nur noch sechs Länder mit einer allgemeinen Wehrpflicht. Nun könnte auch Österreich die Dienstpflicht beenden. In der Alpenrepublik ist eine erbitterte Debatte darüber entbrannt, ob ein Bundesheer noch Sinn macht. Das Magazin „Profil“ titulierte Österreichs Armee als „das letzte Aufgebot“ und als Europas schwächste Truppe. Beeindruckend sei nur die Kommandoebene mit 150 Generälen. Eine Mehrheit von 48% der Bevölkerung gibt einem Berufsheer den Vorzug. Dennoch hält die Bundesregierung pro forma an der Wehrpflicht fest.

NEU DELHI: DEUTSCHE PR-OFFENSIVE

Ab September 2011 wird Berlin unter Federführung des Auswärtigen Amtes eine PR-Kampagne in Indien durchführen. Mit der Veranstaltungsreihe will sich Deutschland „als innovativer, kreativer Partner Indiens für die Lösung von Zukunftsfragen“ präsentieren. Die Kampagne wird in den sieben größten indischen Metropolen (New Delhi, Mumbai, Kolkata, Bangalore, Chennai, Pune, Hyderabad) und ausgewählten weiteren Städten durchgeführt. Welche Aktivitäten die deutsche Wirtschaft entfalten wird, ist noch in der Planung. Näheres unter www.goethe.de/delhi.dui.

Klimaschutz

Geschönte Kostenrechnung

Das Erreichen des Klimaziels der EU von 20% weniger CO₂ bis 2020 könnte sehr viel teurer kommen als von der EU-Kommission geschätzt. Die hatte erst kürzlich in einer Folgeabschätzung die Gesamtkosten der Mitgliedsländer von 2007 bis 2020 auf 694 Mrd. € beziffert. In der Kalkulation sind sowohl die Investitionskosten, als auch die Kosten der Unternehmen für den Emissionshandel enthalten.

Doch allein die Investitionen, die nötig sind, das 20%-Ziel bis 2020 zu erreichen, könnten 890 Mrd. € betragen. Die Rechnung macht *Jean-Marc Ollagnier* auf.

Er ist Generaldirektor der Unternehmensberatung Accenture für den Bereich Energie. 40% der Summe würde in die Produktion erneuerbarer Energie gehen – vor allem Strom aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse. Knapp 25% müssten Stromerzeuger und Großunternehmen für CO₂-Zertifikate ausgeben. Der Rest würde für die Erneuerung des konventionellen Kraftwerkbestands, die unterirdische Lagerung von CO₂ und für die effizientere Nutzung von Energie ausgegeben.

Der Strompreis würde sich allein wegen des Klimaschutzes EU-weit um 25% erhöhen. Der Preis des Zertifikats für den Ausstoß von einer Tonne CO₂ würde sich von derzeit 16 € fast verdoppeln. Mittelständische Unternehmen würden allerdings hauptsächlich durch höhere Preise für Strom und fossile Energien belastet. Vom Emissionshandel sind sie ausgenommen.

Den Kostenanstieg könnten Betriebe und Haushalte durch einen sparsameren Energieverbrauch dämpfen. Wäre der Stromkonsum zwischen Spitzen und Tiefs ausgeglichener, so Ollagnier, könnten die Europäer auf viele neue Kraftwerke verzichten. Dafür sind aber wirksame Speichermethoden für Strom notwendig. Batterien werden dies vor 2020 kaum leisten. Doch es gibt eine neue Technik. Sie besteht darin mit überflüssiger Elektrizität Luft zu komprimieren und damit bei Bedarf Turbinen anzutreiben. Auch die flächendeckende Einführung intelligenter Zähler könnte den Stromverbrauch besser steuern. Beide Maßnahmen könnten dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß um 5% zu senken und den Anstieg der Stromkosten um ein Viertel zu vermindern.

- ▶ **Fazit:** Offenbar hat Brüssel die Kosten der Transformation der Energiewirtschaft schön gerechnet. Angesichts der zu erwartenden höheren Preise für Strom und fossile Energieformen sollten Sie noch konsequenter in sparsame Anlagen und Produktionsprozesse investieren.

Unternehmen

Gute-Laune-Nachrichten

Zu Ihrer und der Motivation Ihrer Mitarbeiter zusammen gestellt ...

- ◆ Der DIHK erwartet in diesem Jahr mit 3,2 Mio. Erwerbslosen die niedrigste **Arbeitslosigkeit** seit 1992 und ein Wirtschaftswachstum von 3,4%.
- ◆ Die Massenarbeitslosigkeit verschwindet, sagt *Hilmar Schneider*, Direktor für Arbeitsmarktpolitik am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, voraus. Künftig sei ein Mangel an geeigneten **Arbeitskräften** das zentrale Problem.
- ◆ Die deutsche **Messewirtschaft** hat die Krise durch-

gestanden. Die überregionalen Messen rechnen für 2010 mit steigenden Ausstellerzahlen bei gleichzeitig stabilem Besucherinteresse.

- ◆ Der **Export** elektrotechnischer und elektronischer Erzeugnisse lag im Juni 2010 um 35% über dem Vorjahresmonat. Nach Angaben des ZVEI wurde damit auch der Vorkrisenstand (Juni 2008) übertroffen. Wachstumsmotoren waren im 1. Halbjahr die Ausfahrten nach Brasilien und China.
- ◆ Rückwirkenden **Steuerrechtsänderungen** hat das Bundesverfassungsgericht jetzt einen Riegel vorgegeben. Es müsse jeweils der Vertrauensschutz für Steuerzahler und die Dringlichkeit der Rechtsänderung abgewogen werden. Auf die Umsetzung in der Praxis sind wir gespannt.
- ▶ **Fazit:** Der Boom aus den Emerging Markets hält die deutsche Konjunktur am Laufen. Erste Warnsignale an den Börsen sollten Sie jedoch vor überspannten Erwartungen bewahren.

Unternehmen | Marketing

Zeit für Kundenpflege

Kümmern Sie sich jetzt um Ihre Stammkunden!

Denn die Konkurrenz versucht nach dem Einbruch des vergangenen Jahres alles, um zusätzliches Geschäft zu machen. Neukunden sind teuer: Es kostet sieben Mal mehr, einen neuen Besteller zu gewinnen, als einen alten zu halten. Sie haben aber gute Karten, wenn Sie jetzt auf Ihre treuen Kunden zugehen.

Nach der Sommerpause werden die Einkäufe für das zweite Halbjahr disponiert. Eine direkte Ansprache hilft. Fragen sie auch, was dem Kunden in der Vergangenheit gefallen hat und was nicht. Konzentrieren Sie sich dabei zunächst auf die Top- und die Stammkunden. Danach kümmern Sie sich um die gelegentlichen Käufer. Diese Zielgruppe ist besonders anfällig für einen Wechsel zur Konkurrenz. Legen Sie mit Ihren Vertriebsmitarbeitern ein exaktes Pensum an Kundenansprachen fest. Die daraus gewonnenen Informationen sollten Sie für Veränderungen bei Service oder Produkten nutzen.

- ▶ **Fazit:** Pflegen Sie Ihre Kunden – Sie sind Ihr wichtigstes Kapital.

Unternehmen | Kultur

Geschäftschancen im Museum

Unternehmer können künftig stärker vom Sparzwang öffentlicher Kulturanbieter profitieren. Die größten Chancen bieten sich dabei für Einzelhändler,

Gastronomie-Unternehmer und Event-Veranstalter.

Die Geschäfts-Idee: Eröffnen Sie einen Souvenir-Shop, ein Cafe oder Bistro in öffentlichen Kultureinrichtungen. Die stehen privaten Partnern zunehmend aufgeschlossen gegenüber. Vor allem Kommunen suchen verstärkt nach neuen Kooperationspartnern. Denn wegen der klammen Haushalte wird die Förderung für Kunst und Kultur zurückgefahren. Bis 2020 sinkt sie in Deutschland um 800 Mio. € auf 7,2 Mrd. €.

Für Unternehmer und Kommunen kann hier eine Win-Win-Situation entstehen. Denn nach der Vergabe von Shop- oder Gastronomie-Lizenzen an externe Anbieter können die Kultureinrichtungen die Einnahmen oft deutlich erhöhen. Das untermauert eine Studie von AT Kerney eindrucksvoll. Der Untersuchung zufolge erlösen externe Anbieter bis zu 12 €, anstelle der 2 € je Besucher, die bspw. Museen im Schnitt schaffen. Ähnlich rechnet sich die Vergabe der Gastronomie an Profis. Hier können bis zu 30% mehr Einnahmen erwirtschaftet werden. In beiden Fällen profitieren der externe Unternehmer und die Kultureinrichtung (profit sharing).

Durch Sonderveranstaltungen und bessere Vermarktung können die Umsätze der Kultureinrichtung weiter gesteigert werden. So gibt es spezialisierte Vermarkter, die etwa offene Museumsnächte oder ähnliche Veranstaltungen organisieren. Ein großes Potenzial liegt auch in der Vermarktung im Internet. Beides kann die Erlöse von Kultureinrichtungen deutlich erhöhen.

- ▶ **Fazit:** Der Sparzwang der öffentlichen Hand wird in den nächsten Jahren im Kulturbereich neue Geschäftschancen eröffnen. Clevere Unternehmer eruieren in Ihrer Region schon einmal, ob es Einrichtungen mit Bedarf gibt und nehmen Kontakt auf.

In aller Kürze

DIAMANTMARKT: PREISE STABILISIEREN SICH

Die Preise am Diamantmarkt stabilisieren sich allmählich. Der Preisabstand zwischen den Steinen milderer und bester Qualität wird wieder größer. Die detaillierte FUCHS Diamantpreis-Übersicht finden Sie unter www.fuchsbriefe.de/wissenswertes.

ENERGIE: RATGEBER ZUM SPAREN

Umweltministerium und Umweltbundesamt stellen in einer Broschüre dar, wie Sie mit Energiemanagementsystemen Kosten sparen. Bezug unter 022899-305-3355, Fax 022899-305 33 56, e-mail bmu@broschuerenversand.de oder Download unter www.uba.de/uba-info-medien/3959.html.

Europa

Hegemon wider Willen

Die Rettung der Eurozone hat Deutschland die Rolle einer Führungsmacht in Europa beschert. Noch ist das Thema hierzulande tabu. Doch in anderen EU-Ländern wird das machtpolitische Ergebnis der Krisenwochen im Frühjahr eifrig diskutiert. Etwa in Frankreich, wie wir aus Pariser Regierungskreisen hören. Nach langem Sträuben hatte sich die Bundesregierung bereit erklärt, 150 Mrd. € zur Rettung Griechenlands und der übrigen Euroländer beizusteuern. Ohne die deutsche Hilfe wäre die Eurozone auseinandergebrochen. Wer zahlt, schafft an. Das gilt auch in der internationalen Politik.

Die Rolle als Hegemon ist den Deutschen gegen ihren Willen zugefallen. *Anne-Marie Le Gloanec*,

Forschungsdirektorin an der Pariser Sciences Po, spricht deshalb vom „Semi-Hegemon“. Die Deutschen hätten sich während der Eurokrise nicht des wirtschaftlichen Egoismus, sondern des politischen Autismus schuldig gemacht. Sie hätten vergessen, dass Macht auch Verantwortung mit sich bringt.

Instinktiv spüren die Politiker in Berlin, dass Deutschland als Europas Hegemon einen hohen Preis zu zahlen hätte. Schon das Opfer der D-Mark für den Euro fiel den Deutschen schwer. Die Rettung der Gemeinschaftswährung auf deutsche Kosten hat die Solidarität mit den Partnern arg strapaziert. Die Kampagne der Bild-Zeitung gegen die Griechenlandhilfe steckt den Politikern noch immer in den Knochen. Psychologisch, politisch und pekuniär vermag Deutschland deshalb seine dominierende Rolle in Europa nicht auszuspielen.

Das Paradox der deutschen Politik ist, dass sie ein starkes Europa will, ohne zu führen. Das unterscheidet sie von der Pariser EU-Strategie, die ein starkes Europa mit schwachen Institutionen anstrebt. Doch das Vakuum füllten die Franzosen nie aus. Ihnen fehl(t)en die ökonomischen Ressourcen und der politische Manövrierraum. Darüber verfügen die Deutschen – und sie setzten sie, wenn auch zögerlich, ein. Die harten Auflagen für die Schuldenländer tragen ihre Handschrift. Die Vorschläge von EU-Ratspräsident *Herman van Rompuy* für eine Reform des Stabilitätspakts folgen ebenfalls Berliner Ideen. Harte Sparvorgaben und Sanktionen für Schuldensünder sollen eine Wiederholung des Debakels verhindern.

Das hat in Teilen der EU Ressentiments gegen die Deutschen geschürt. Doch die Kritik an der deutschen Europapolitik folgt alten Reflexen. Schon *Gerhard*

Schröder hat in den Nehmerländern für Irritationen gesorgt, als er *Helmut Kohls* Scheckbuchdiplomatie beendete. Nachfolgerin *Merkel* folgt ihm darin. Die Briten indes begrüßen die stärker national orientierte Politik der Deutschen als Schritt zur Normalisierung. Die könnte, ganz im Sinne der euroskeptischen Angelsachsen, weitergehende Integrationsschritten in Europa verhindern.

Wie kein anderes Projekt könnte die europäische Wirtschaftsregierung Europas Zukunft entscheiden. Dabei geht es nicht mehr darum, ob die Eurozone mehr ökonomische Koordinierung braucht. Die Schuldenkrise hat die letzten Skeptiker überzeugt, dass ein Währungsraum mit gegenläufiger Produktivität, Inflation und Konjunktur nicht überlebensfähig ist. Paris und Berlin streiten darum, wer den Takt im Euroraum vorgibt.

Bis heute haben die Franzosen nicht verdaut, dass die Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank funktioniert.

Nun fürchten sie, dass die Deutschen ihnen auch ihre Wirtschaftsform aufzwingen.

Doch obwohl alles für das erfolgreiche deutsche Modell spricht, verzagt die Bundesregierung schon angesichts der machtpolitischen Arithmetik. Denn eine europäische Wirtschaftsregierung würde die Eurogruppe enorm aufwerten. In ihr haben aber die südeuropäischen Länder die Mehrheit. Überzeugte Parteigänger der Deutschen sind nur Österreicher, Niederländer und Finnen. Selbst auf Eurogruppenchef *Jean-Claude Juncker* kann Merkel nicht immer zählen. Ausschlag gebend wird deshalb sein, auf welche Seite sich Paris schlägt.

Angesichts des deutschen Dilemmas könnte ein Projekt *Wolfgang Schäubles* entscheidend werden. Der deutsche Finanzminister favorisiert ein Insolvenzverfahren für Staaten. Da dies fehlt, ist eine geordnete Entschuldung Griechenlands derzeit nicht möglich. Es ist schwer vorstellbar, dass ein bankrottetes Euromitglied in der Währungszone bleibt. Ein Austritt der Griechen würde für die Deutschen zwei Probleme lösen: das Risiko, für griechische Staatsschulden einzustehen und die Gefahr, von Schuldenländern majorisiert zu werden. Und es würde Schäuble einem seit 20 Jahren verfolgten Ziel näherbringen: dem von ihm propagierten Kerneuropa.

► **Fazit:** Die Schuldenkrise hat die Machtverhältnisse in Europa neu geordnet. Die Rettung des Euro mit Hilfe deutscher Steuergelder macht die Bundesrepublik zur führenden Macht in Europa. Doch am Widerwillen der Deutschen, die neue Rolle auszufüllen, könnte das große Projekt der Einigung Europas scheitern.

FUCHS-HINTERGRUND

DIE PRIVATE VERMÖGENSANLAGE DES UNTERNEHMERS

Selbstanzeige Ganz oder gar nicht

Für Kapitalflüchtlinge wird es immer schwieriger, zur Steuerehrlichkeit zurückzufinden. Zwar hat der Diebstahl von CDs mit Kundendaten bei Bankinstituten in der Schweiz in Deutschland einen Boom von Selbstanzeigen ausgelöst. Doch das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 20.05.2010 (Az.: 1 StR 577/09) erschwert den Betroffenen die straffreie Rückkehr in die Steuerlegalität – für manche macht es sie sogar unmöglich.

Nach dem BGH-Urteil ist die Rückkehr zur Steuerehrlichkeit nur möglich, wenn der Steuerhinterzieher „reinen Tisch“ macht. Alle beanstandbaren Steuerquellen müssen bei der Selbstanzeige lückenlos offen gelegt werden. Ein Teilgeständnis führt zu seiner Unwirksamkeit, etwa wenn später weitere Konten entdeckt werden oder Geheimkonten nicht vollständig deklariert wurden. Die Strafbefreiung entfällt dann für alle schwarzen Einkünfte, – sowohl für die verheimlichten, als auch für die offengelegten.

Eine Selbstanzeige kann deshalb nicht mehr etappenweise erfolgen, etwa indem weitere Teilselbstanzeigen nachgereicht werden. Während der strafrechtlichen Verjährungsfrist (5 Jahre, 10 Jahre, in besonders schweren Fällen auch lebenslänglich) ist nachträglich kein weiterer Reuegang möglich. Für die erfolgreiche Selbstanzeige lässt der BGH demnach nur eine Chance.

Wettlauf um die Rechtzeitigkeit

Damit hat der BGH die Position der Steuerfahnder nochmals gestärkt. Nicht nur beim Poker um versteckte Vermögenswerte haben sie inzwischen die besseren Karten. Da der zeitliche Handlungsspielraum für eine straffreie Nacherklärung immer enger wird, hat ein Steuersünder künftig kaum noch Luft zum Atmen.

Eine Selbstanzeige war bisher ausgeschlossen, wenn die Ermittlungsbehörden die Tat bereits entdeckt hatten und der Täter dies wusste oder mit der Entdeckung rechnen musste. Gleiches galt bisher, wenn ein Ermittlungsbeamter beim Steuerpflichtigen erschienen ist, um den Verdacht auf eine Steuerstraftat abzuklären. Dies galt allerdings nur soweit, als der Beamte ein konkretes Ermittlungsvorhaben nachweisen konnte – etwa mit dem Durchsuchungsbeschluss.

Folgt man dem Urteil des BGH wird künftig der Zeitpunkt, zu dem die Tat als entdeckt gilt, früher anzusetzen sein. Sie ist „bereits dann anzunehmen, wenn unter Berücksichtigung der zur Steuerquelle oder zum Auffinden der Steuerquelle bekannten weiteren Umstände nach allgemeiner kriminalistischer Erfahrung eine Steuerstraftat oder -ordnungswidrigkeit nahe liegt. [...], oder bei verschleierte Steuerquellen, wenn die Art und Weise der Verschleierung nach kriminalistischer Erfahrung ein signifikantes Indiz für unvollständige oder unrichtige Angaben ist“ (BGH, Beschluss v. 20.05.2010, AZ: 1 StR 577/09, HRRS 2010 Nr. 502).

Qualität der Selbstanzeige

An die Beschaffenheit der Selbstanzeige sind deshalb künftig höhere Anforderungen zu stellen. Die Finanzbehörde muss auf ihrer Grundlage in der Lage sein, die Steuer richtig festsetzen zu können – und zwar ohne langwierige Nachforschungen. Die Ankündigung einer Nacherklärung, die der Fiskus in der Vergangenheit als Selbstanzeige akzeptiert hatte, ist künftig ausgeschlossen.

Ist der Steuerpflichtige aufgrund unzureichender Buchhaltung oder fehlender Belege nicht in der Lage, bei einer Selbstanzeige das Ausmaß seiner Steuerschuld genau zu beziffern, muss er diese anhand der ihm bekannten Informationen schätzen. Dies darf er jedoch nicht nach eigenem Gutdünken machen. Die Basis der Schätzung ist dem Fiskus restlos offenzulegen. Entscheidend ist, dass die Schätzung mit einem ordentlichen Sicherheitszuschlag erfolgt, damit Betroffene falsche Angaben und deren juristische Folgen vermeiden. (Lesen Sie dazu ausführlich das FUCHS-Aktuell „Die Selbstanzeige - Ein Praxisleitfaden“. Bestellungen unter www.fuchsbrieft.de/selbstanzeige.)

- ▶ **Fazit:** Die Folgen dieses BGH-Urteil können noch nicht im vollen Umfang abgeschätzt werden. Doch eines zeichnet sich ganz ab: Der Wind weht zunehmend steifer für Steuersünder.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie bei RA Dr. iur. HSG Thomas Gehrig, Geschäftsführer GLOBOGATE AG (www.globogate.org), Telefon +41 41 619 00 70, E-Mail: info@globogate.org

Banken | Steuern

Neuorientierung im Private Banking

Die Privatbanken in Liechtenstein und der Schweiz gehen bei der Beratung von Kunden aus

der EU deutlich wahrnehmbar unterschiedliche Wege. Im ehemaligen Schwarzgeldparadies Liechtenstein trennen sich die Vermögensverwalter vergleichsweise radikal von „Altlasten“. Die Schweiz kann sich bisher noch nicht zu einem klaren Kurs entschließen. Entsprechend lavieren viele Banken bei der Beratung ihrer Kunden mit Steuer-Problemen.

Liechtenstein hatte sich vergleichsweise früh entschlossen „tax compliant“ zu werden. Es gehört seit langem dem Europäischen Wirtschaftsraum an und wollte sich schnell mit der OECD und EU in Steuerfragen arrangieren. Daraus resultiert inzwischen eine klare Sprache gegenüber Bankkunden aus der EU. Sie werden regelmäßig dazu aufgefordert mit dem Fiskus ihres Landes reinen Tisch zu machen.

Doch gleichzeitig weisen liechtensteinische Institute unverhohlen auf die Vorteile des Bankplatzes Singapur hin: einerseits strenge Bankkontrollen durch die Währungsbehörde (Monetary Authority); andererseits „Nichtmitgliedschaft in der EU“. Liechtenstein selbst versucht dabei eine Neupositionierung als Kompetenzzentrum für nachhaltige Anlagen und gleichzeitig das Offshore-Geschäft nach Asien auszulagern.

In der Schweiz gehen die Banken zurückhaltender zu Werk. Das Land hat sich steuerlich insbesondere mit Deutschland noch nicht endgültig geeinigt. Es geht vor allem um den Umgang mit Kunden mit problematischer Steuervergangenheit. Die Schweiz blüht als Bankplatz außerhalb der Eurozone neu auf. Die Gelder aus Deutschland fließen. Daher behandeln die dortigen Banken „Steuroptimierer“ nach wie vor sehr zurückhaltend und raten auch nicht unbedingt zur Selbstanzeige. Sie fürchten, sonst Einlagen und Depots zu verlieren.

- ▶ **Fazit:** Während sich Liechtenstein als Bankplatz einer ziemlichen Radikalkur unterzieht, glaubt die Schweiz lavieren zu können. Wir sehen darin ein Risiko für deutsche Kunden. Denn die Methoden der deutschen Behörden gegen Steuerhinterzieher werden immer radikaler. Selbst geheimdienstliche Unterstützung wird uns gegenüber kolportiert. Seien Sie also vorsichtig und denken Sie bei steuerlicher Beratung im Ausland daran, dass die dortigen Banken auch eigene Interessen haben.

Fonds

Rendite mit Fluss-Schiffen

Sichere Erträge über längere Zeit bietet die Seehandlung Flussfahrt Tranche 2010. Die Hamburger investieren in neu gebaute Schiffe für Binnenkreuzfahrten. Die Nachfrage nach solchen touristischen Ange-

boten steigt seit Jahren, die Zukunftsaussichten werden ebenfalls optimistisch eingeschätzt.

Die von einer Schweizer Reederei betriebenen Schiffe sollen jährlich eine Ausschüttung von 11,3% erbringen. Das ist für Fonds zwar ungewöhnlich hoch. Aber bisher haben die Hamburger Initiatoren ihre Renditeversprechen bei 20 Fonds nahezu zu 100% erfüllt. Allerdings lag die durchschnittliche Laufzeit dabei bei neun Jahren. Beim neuen Fonds sind es sogar 17,5 Jahre.

Die Laufzeit des Fonds könnte sich verkürzen, wenn die Reederei die Schiffe selbst oder über Dritte kauft. Dann liegt die Rendite bei 8,8% p.a. – so ist es vertraglich vorgesehen. Auch Anleger können ihren Anteil verkaufen, falls sie Liquidität benötigen. Das geht wie üblich über die Zweitmarkt Börse.

- ▶ **Fazit:** Wenn Sie hier 10.000 € investieren, werden Sie wohl ruhig schlafen können. Rendite und Risiko stehen in einem ausgewogenen Verhältnis sofern es sich um eine Abrundung Ihres Portfolios handelt.

Zinsen

Tagesgeld um 2%

Die Tagesgeldzinsen dümpeln um die Marke von 2%. Damit hat der Zinsanstieg, den wir im Mai beobachtet haben, keinen Schwung entfalten können. Aktuelle Lockangebote liegen bei 2,2%. Die üblichen Angebote liegen bei 1,7 bis 1,9%.

Tagesgeld-Konditionen		
Anbieter	Zinssatz*	Einlagensicherung*
Ikano-Bank	2,22	100
Bank of Scotland	2,20	100
ING-DiBa	1,90	100
Auto-Bank	1,77	100
OYAK Anker Bank	1,70	100

Quelle: www.biallo.de, * in %

Grundsätzlich sollten Sie aber bei Tagesgeld bleiben und nicht auf Festgeld ausweichen. Die dafür angebotenen Zinsen liegen sogar noch deutlich unter den Tagesgeld-Konditionen. Für eine Festschreibung von einem Monat bekommen Sie in der Spitze 1,20%, bei einer Laufzeit von 3 Monaten 1,50% und erst bei einer Laufzeit von 12 Monaten erreichen Sie die aktuellen Tagesgeldzinsen von knapp 2%.

- ▶ **Fazit:** Als Kapitalparkplatz ist Tagesgeld das Mittel der Wahl. Rechnen Sie damit, dass die Konditionen weiter sinken werden. Denn die Flucht in Anleihen hält weiter an, die Renditen gehen weiter zurück.